

# Kompromiss muss den Wahlkampf überleben

Am Mittwoch will die Zuwanderungskommission der Bundesregierung ihren Bericht vorlegen. Der Migrationsforscher Klaus J. Bade fordert einen tragfähigen Kompromiss aller Parteien

VON  
KLAUS J. BADE

**E**in Einwanderungsgesetz sollte umfassend und transparent sein: Umfassend sollte es sein, weil Migration die Entwicklung von Bevölkerung, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur zugleich tangiert und in fast alle Lebensbereiche hineinragt. Deshalb gehört zur Migrationspolitik auch deren innere Kehrseite, die Integrationspolitik, die ihrerseits die verschiedensten Bereiche berührt. Reines Migrationsmanagement bliebe deshalb einseitig und vordergründig.

Transparent muss Einwanderungsgesetzgebung für beide Seiten sein: für die einheimische Bevölkerung und für mögliche Einwanderer. Bislang ist das deutsche Ausländerrecht ein Paragrafenschlingel, in dem sich nur noch hoch spezialisierte „Ausländerrechtler“ auskennen. Das Einwanderungsgesetz sollte deshalb, jedenfalls in seinen Grundprinzipien, kein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Juristen werden, sondern ein klares und für möglichst weite Kreise verständliches Grundkonzept haben. Und es muss eine schlanke und überblickbare behördliche Seite haben – gerade für mögliche Einwanderer, die wir ja mit bestimmten Qualifikationsprofilen dringend brauchen und für die ein Behördenweg von Pontius zu Pilatus nur abschreckend wäre – zum Nachteil für das Einwanderungsland.

**A**uf ein Einwanderungsgesetz bauende Einwanderungspolitik muss nicht nur Vertrauen erweckend und kalkulierbar, sondern auch flexibel sein: Laissez-faire in Sachen Migrationspolitik wäre gesellschaftspolitisch grob fahrlässig.



Migrationsforscher Klaus J. Bade

FOTO: DPA

Umgekehrt führen unnötige Selbstbindungen zu absurden Entscheidungszwängen.

Beispiel 1: Bis vor kurzem mussten ausländische Absolventen deutscher Universitäten, die mit deutschem Geld studiert hatten, grundsätzlich in ihre Heimatländer zurückgesandt werden, weil es das deutsche Ausländerrecht so wollte, obgleich zur gleichen Zeit in den gleichen Branchen händeringend nach ausländischen Absolventen gesucht wurde.

Beispiel 2: Weil der gleiche Amtsschimmel es so wollte, mussten bis vor kurzem bosnische Flüchtlinge mit jahrelangem Inlandsaufenthalt, die in der Heimat alles verloren hatten und gerne in Deutschland ge-

blieben wären, zurückgeschickt werden, auch wenn sie sich gut eingelebt hatten und ihre gegen die Abschiebung protestierenden deutschen Arbeitgeber händeringend, aber vergeblich unter einheimischen Arbeitnehmern wie unter erreichbaren EU-Ausländern nach Ersatz für sie suchten.

Einwanderungspolitik muss deshalb die richtige Mitte finden zwischen zu großen Ermessensspielräumen und zu engen Handlungsspielräumen.

**E**in Parteienkompromiss in Sachen Einwanderungsgesetzgebung und Einwanderungspolitik muss tragfähig genug sein, um einen Wahlkampf überleben zu können, ohne dass

es Rückfälle aus der pragmatischen Diskussion um das „Wie“ der Gestaltung in fundamentalistische Grabenkämpfe um ein „Ob überhaupt“ gibt. Ein Kompromiss ist aber kein Selbstzweck: Die Wähler wollen Entscheidungen und politische Führung sehen und an der Wahlurne bewerten. Einheit im Stillstand wäre Frustration für alle.

Nicht minder gefährlich aber wären übersteigerte Hoffnungen, was die vermeintlich allumfassende Regelbarkeit von Migration und Integration angeht. Nötig sind deshalb Gestaltungsbereitschaft, klare Konzepte und politische Werbung um deren Akzeptanz. Nötig ist aber, Wahlkampf hin oder her, auch die Werbung um eine pragmatische Einsicht in die Beschränktheit der Möglichkeiten, also in die Grenzen der Gestaltbarkeit, die nicht Parteischwäche ist – damit nicht am Ende überzogene Hoffnungen in Frustrationen und Aggressionen umschlagen, die für die großen politischen Vereinfacher willkommen Morgengaben sind.

Die Parteien müssen lernen, dass es gerade bei zentralen gesellschaftspolitischen Fragen nicht angehen kann in der Regierung „Hüh“ und in der Opposition „Hott“ zu sagen und umgekehrt, weil auf den Rängen das selbe Wählerpublikum sitzt, das auf Rollen- und Maskentausch mit noch stärkerer Abwendung vom politischen Theater regieren könnte.

**KLAUS J. BADE (56)** ist Professor für Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück. Schwerpunkt seiner Arbeit ist die Migrationsforschung. Er ist Herausgeber und Autor zahlreicher Studien im Bereich Migration und Bevölkerungsentwicklung.